

VPOD zur Frage der Pensionskasse BVK und Universität Zürich

Trotz allem: Ein Verbleib der Universität Zürich bei der BVK hat Vorteile

Der VPOD zeigt nachfolgend auf, welche Nachteile ein Wechsel der Universität Zürich von der BVK zu einer anderen Pensionskasse für das Personal hätte. Zudem zeigt er auf, wie die Interessen der BVK-Versicherten wirkungsvoll gewahrt werden können:

Ein Absprung von der BVK gefährdet viele Errungenschaften:

- Die BVK hat insgesamt immer noch gute Leistungen.
- Das Uni-Personal würde den Vorteilen durch die 2-Mia-Fr.-Einlage des Kantons in die BVK und den besitzstandwahrenden Massnahmen verlustig gehen (Erhöhung der Altersgutschriften um bis zu 7,3%).
- Die Universität würde bei einem Abgang von der BVK den Aufwand der Ausfinanzierung bei der BVK sicher auch auf das Personal abwälzen, wie das Stäfa und das See-Spital machen.
- [Überbrückungszuschüsse](#) bei vorzeitiger Pensionierung werden gefährdet.
- [Entlassung Altershalber](#): Bei Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen gibts ab 55 Jahren eine Pensionierung zu Vorzugsbedingungen. Bei Entlassung aus anderen Gründen gilt die Regelung ab 58 Jahren. Auch diese Sicherung würde ein Absprung von der BVK gefährden.
- Weil die BVK mit 70'000 aktiv Versicherten eine überdurchschnittlich grosse Pensionskasse bzw. Solidargemeinschaft ist, kann sie die Risikobeiträge für IV, Tod und Hinterbliebene sehr tief halten (1,2% für Versicherte). Insbesondere private Versicherungskonzerne verlangen extrem hohe Risikoprämien. Die BVK kann diese Prämien in Zukunft sogar senken.
- hervorragende Absicherung bei Invalidität

Die zweite Säule hat insgesamt ein Problem. Alle sind Opfer der Bankenkrise. Bei einem Wechsel ist die Gefahr von sogenannten Lockvogelangeboten gross: Versicherungen bieten Vorzugsbedingungen an, die sie dann über die nächsten Jahre nach und nach wieder zurücknehmen.

Nicht ein Absprung von der BVK verspricht Erfolg, sondern die **politische** Auseinandersetzung. Deshalb verlangt der VPOD vom Kanton die [restlose Begleichung](#) der Schäden aus Korruption und fahrlässiger Geschäftsführung an die BVK. Falls nötig, wird er auch den Rechtsweg beschreiben. Der [Teilerfolg](#) bei der 2-Mia.-Fr.-Einlage zeigt, dass wir etwas bewegen können.

Der Absprung anderer Arbeitgeber von der BVK entpuppte sich als Verlustgeschäft, insbesondere für die Versicherten: Siehe [Stäfa](#), siehe [See-Spital](#). Die grosse Mehrheit der Arbeitgeber und deren Personal, die der BVK angeschlossen sind, entschieden sich für einen Verbleib bei der BVK: Sei es die Flughafen AG, die Stadt Uster, Wädenswil, Kloten usw.

Eine Limitierung des Vertrags auf nur 1 Jahr zwischen Uni und BVK, wie ein Vorschlag lautet, wäre auch nachteilig. Das hiesse, der Anschlussvertrag mit allen Vorzügen (Teilhabe an der 2-Mia.-Einlage und Besitzstandwahrungsmassnahmen für die Versicherten) würden für das Uni-Personal verlustig gehen. Deshalb macht die Laufzeit des Anschlussvertrags von 5 Jahren Sinn.

Aus Sicht des Personals sagen wir klar Ja zum BVK-Anschlussvertrag der Universität.

Zudem treten sämtliche Personalverbände mit einer [gemeinsamen Wahlliste](#) an bei den bevorstehenden Stiftungsratswahlen für die zukünftig verselbständigte BVK. Für das Personal der Universität kandidiert **Thomas Gächter**, Professor für Staats-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsrecht. Spezialist in Sozialversicherungsrecht und Beruflicher Vorsorge.

BVK-Korruption: Der Kanton steht für die Schäden in der Pflicht

Der **Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission** (PUK) bestätigt die [Einschätzung](#) des VPOD (vom 7.6.2006!), dass die Aufsichtspflichten des Kantons schwerwiegend verletzt wurden. Im Gegensatz zu anderen Pensionskassen, die ebenfalls Opfer von Misswirtschaft und Korruption sind, ist der Vorteil der öffentlichen BVK, dass eine PUK die ganzen Vorgänge sauber aufarbeiten und transparent machen konnte. Korruptionen und/oder Misswirtschaft bei anderen Pensionskassen (Gemini etc.) wurden nicht im Entferntesten so aufgearbeitet.

Aus der systematischen Manipulation der Aktienkurse durch die CS mit dem Segen ihrer höchsten Gremien (Grübel inkl.) zu Ungunsten der BVK darf geschlossen werden, dass die BVK nicht die einzige institutionelle Anlegerin ist, die Opfer dieses kriminellen Banken-Geschäftsmodells ist (wie bei der Manipulation des Libor-Zinssatzes durch die CH-Banken). Eines Teils ist es bedauerlich, dass der Kanton mit der CS einen Vergleich einging und keine Anklage erhob. Aus der unmittelbaren Sicht der BVK-Versicherten ist der Vergleich jedoch vorteilhafter, weil unmittelbar Cash in die Kasse fliesst. Der VPOD wird jedoch alles daran setzen, dass die Finma (Finanzmarktaufsicht), allenfalls auch das Bundesamt für Sozialversicherungen und die OAK BV (Oberaufsichtskommission über die berufliche Vorsorge) in dieser Angelegenheit einschreiten und eine breite Untersuchung einleiten werden.

Der PUK-Bericht errechnete einen Schaden aus Korruption und nachlässiger Aufsicht von bis zu 1500 Mio. Fr. Wie erwähnt, verlangen wir vom Kanton die [Begleichung](#) dieses Schadens.

Die wesentlichen Gründe der Unterdeckung bei der BVK sind jedoch **politische**: Auf Kosten der BVK wurde ganz direkt Finanz- bzw. Steuerpolitik betrieben. In der Vergangenheit wurden nicht die statutarisch verlangten Beiträge in die BVK einbezahlt. Das der BVK vorenthaltene Geld ging in vergangenen Jahren direkt in Steuersenkungen, zudem wurde damit die 3%-Lohnkürzung zwischen 1997 und 2000 teilweise „abgefedert“. Während den Jahrzehnten des sogenannten Leistungsprimats wurden zudem Lohnerhöhungen nicht ganz eingekauft. Deshalb verlangte der VPOD: restlose Rückzahlung der Schulden durch die Arbeitgeber. Die 2-Mia.-Fr.-Einlage, die nächstes Jahr erfolgt, ist ein Teilerfolg unserer Bemühungen.

Fazit: Nicht der Staat rettet die BVK. Es war genau umgekehrt: Auf Kosten der BVK-Versicherten wurden in der Vergangenheit die Steuergeschenke an die Reichsten finanziert! Unsere Forderung nach Begleichung sämtlicher Schulden und Schäden an die BVK durch die Arbeitgeber ist deshalb völlig gerechtfertigt.

Zudem erweist sich die Sparpolitik der bürgerlichen Parteien bei der BVK als absoluten Bumerang: Die PUK diagnostizierte in der Vergangenheit eine Unterdotierung beim Personal. Sie machte die Alleinherrschaft von Anlagechef Gloor erst möglich, der wegen Korruption angeklagt ist. Endlich werden bei der BVK das Controlling und der Personalbestand ausgebaut.

VPOD Zürich, Christoph Lips, Regionalsekretär, <mailto:christoph.lips@vpod-zh.ch>

[Infos zur kantonalen Pensionskasse BVK](#)

[Infos zur VPOD-Mitgliedschaft](#)

Kontaktadresse des VPOD Universität Zürich: vpod@websites.uzh.ch.

Website VPOD Uni: <http://www.vpod.uzh.ch/index.html>.

Zürich, 10. Oktober 2012

Seite 2 von 2